Newsletter September 2020

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

der Alltag ist in den Landtag zurückgekehrt. Nach den monatelangen Einschränkungen durch Corona tagt der Landtag nach dem Ende der Sommerpause wieder im Regelbetrieb. Plenarsitzungen, Fraktionssitzungen und Ausschusssitzungen finden wieder mit allen Beteiligten statt. Allerdings hat sich die Plenararbeit doch etwas verändert. Ausschüsse konkurrieren um Termine in den größten, corona-konformen Sitzungsräumen. Sitzungsräume und Plenarsaal wurden mit Plexiglaswänden ausgestattet. Darin fühlt man sich zwar wie in einer Telefonzelle von früher - sowohl vom „Raumerlebnis“ als auch von der Akustik. Dennoch ist das besser, als weiter nur in reduzierter Abgeordnetenstärke tagen zu müssen und Besprechungen über Videokonferenzen durchzuführen. Besuchergruppen kann ich verständlicherweise weiterhin nicht empfangen. Das ist schade, weil dem Landtag so auch ein wichtiger Teil der Öffentlichkeit fehlt, mit dem das Vertrauen zu den Bürger*innen geschaffen wird.
Wo wir beim Thema Vertrauen sind: Gerade in Dortmund müssen wir lernen, verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen. Die Kommunalwahl hat verdeutlicht, dass es eine Wechselstimmung in unserer Stadt gibt. Zwar konnten wir die größte Fraktion stellen und Thomas Westphal mit deutlichem Abstand die meisten Stimmen auf sich vereinen. Die Stichwahl am Sonntag wird nun aber zur Schicksalsfrage. Das bürgerliche Lager ist in den letzten Jahren gewachsen. Und die Grünen zeigen mit ihrer Wahlempfehlung für Andreas Holstein, dass sie Teil dieses Lagers sind. Sie zeigen auch, dass ihnen die Machtfrage in unserer Stadt wichtiger ist als ursprüngliche grüne Werte und Visionen.

Daher müssen wir an diesem Wochenende nochmal Gas geben und alles dafür geben, damit CDU und Grünen der politische Wechsel in Dortmund nicht gelingen wird. Und nach der Wahl führt kein Weg daran vorbei, für uns abzuklären, wieso wir unsere traditionellen Wählerschichten immer weniger erreichen und welche kaum vertretenen Zielgruppen wir für uns noch erschließen können.
Die Zeiten sind hart für die Sozialdemokratie in Dortmund, aber wir geben uns nicht verloren. Sozi zu sein, heißt nämlich auch, nach Niederlagen wieder aufzustehen, den Mund abzu-

wischen und dafür zu arbeiten und zu kämpfen, dass die Zukunft für alle wieder besser wird. Und das wird sie nur mit echter sozialdemokratischer Politik, die vor allem die kleinen Leute und Familien im Blick hat.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Euch neben einer interessanten Lektüre ein kämpferisches Wochenende!

Ihre/Eure

Wir dulden keine Nazis in unserer Polizei

Die Enttarnung einer rechtsextremistischen Chat-Gruppe in der nordrhein-westfälischen Polizei, die über viele Jahre menschenverachtende und den Nationalsozialismus verherrlichende Inhalte verbreitet hat, muss Konsequenzen haben. Neben einer lückenlosen Aufklärung brauchen wir auch eine eigene wissenschaftliche Studie zu Rechtsextremismus und Rassismus in der Polizei. Vor dem Hintergrund der bekannt gewordenen Fälle darf sich politisches Handeln nicht mehr auf reine Betroffenheitsrhetorik beschränken, wie sie Innenminister Herbert Reul regelmäßig pflegt! Erforderlich sind vielmehr klare Maßnahmen, die deutlich machen, dass wir keine Nazis in unserer Polizei dulden!

Bei der Forderung nach einer wissenschaftlichen Studie geht es keinesfalls darum, Polizisten unter Generalverdacht zu stellen. Vielmehr geht es darum zu ermitteln, welche Instrumente bei der Einstellung, der Ausbildung und im Dienst der Beamten verändert werden müssten, um bei rechtsradikalen Umtrieben gegensteuern zu können. Das ist im ureigenen Interesse der Polizist*innen und Polizisten, deren ganz überwiegender Teil täglich für die Verteidigung unseres Rechtsstaates den Kopf hinhält und deren guter Ruf durch das abstoßende Verhalten einiger brauner Schafe massiv beschädigt wird.

Unser Masterplan gegen Rechtsextremismus in NRW: bit.ly/2HAhDWR

Die Lage in den Schulen in der Corona-Pandemie endlich ernst nehmen

Einer repräsentativen Mitgliederbefragung der GEW NRW zufolge, die Mitte September veröffentlicht wurde, fühlen sich fast 70 Prozent der Lehrkräfte in Sachen Infektionsschutz durch die gegenwärtigen Maßnahmen der Landesregierung nur mangelhaft (39 %) oder gar ungenügend (29,3 %) geschützt.

Diese Umfrage spricht eine klare Sprache. Schulministerin Gebauer muss das Thema endlich ernst nehmen und ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie kann nicht weiter so tun, als sei an den Schulen alles in Ordnung. Das sehen die betroffenen Lehrkräfte ganz eindeutig anders.

Wir brauchen einen Schulgipfel. Er ist nötiger denn je. Die Vertreter*innen des Parlaments, der Kommunen, der Lehrenden, von Schüler*innen sowie der Eltern gehören gemeinsam an einen Tisch. Die aktuelle Situation in unseren Bildungseinrichtungen hat zu großer Verunsicherung bei Schulleitungen, Lehrkräften, Trägern, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern geführt. Um die drängendsten Fragen schnellstmöglich zu klären, müssen jetzt alle Beteiligten an einen Tisch.

Die Mitglieder des Schulausschusses des Städtetages NRW haben im Gespräch mit den bildungspolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen ausdrücklich gefordert, die Probleme interfraktionell und unter Einbeziehung der Verbände gemeinsam anzugehen.
Die missverständliche und widersprüchliche Kommunikation der Landesregierung in den vergangenen Wochen und Monaten hat einen nicht geringen Anteil an der Verunsicherung in den Schulen. Damit muss endlich Schluss sein! Wir brauchen jetzt Konsens darüber, wie wir mit innovativen Konzepten das schulische Lernen in Zeiten von Corona dauerhaft sicherstellen wollen. Unsere Vorschläge dazu liegen seit Monaten auf dem Tisch. Dazu zählen kleinere Lerngruppen, größere Unterrichtsräume, Kooperationen mit außerschulischen Lernorten, die Nutzung von Kurzstunden und Schichtbetrieb im Präsenzunterricht. Zu einem Dialog darüber ist die Landesregierung aber nicht bereit. Bei so wenig Kooperationsbereitschaft werden die Probleme im Schulalltag nicht kleiner, sondern größer.

Antrag „Einberufung eines Schulgipfels – damit aus der Bildungskrise keine Bildungskatastrophe wird!“: bit.ly/3j4kMfk

Landesregierung versagt bei Soforthilfe für Moria

Wo bleibt nur Ihre Menschlichkeit, Herr Laschet? Diese Frage habe ich mir angesichts der Tatenlosigkeit der Landesregierung nach dem Großbrand im Flüchtlingslager Moria nicht nur einmal gestellt. 13.000 Menschen, darunter 4.000 Kinder wurden in der Nacht vom 8. auf den 9. September obdachlos und verloren ihr gesamtes Hab und Gut. Bereits vor dem Großbrand war die Situation im Flüchtlingslager katastrophal. Davon haben sich Ministerpräsident Laschet und Minister Stamp erst Anfang August bei ihrer Reise nach Lesbos selbst ein Bild gemacht. Allerdings kamen beide mit leeren Händen zurück nach NRW. Die anschließend groß angekündigten Lösungsvorschläge lassen bislang auf sich warten.
Dass sich die Untätigkeit der Landesregierung selbst nach der Brandkatastrophe in Moria fortgesetzt hat, ist, mit Verlaub, beschämend!
Die Zeit zu handeln ist jetzt! Deshalb hat die SPD-Fraktion im letzten Plenum einen Eilantrag eingebracht, in dem wir die sofortige Evakuierung des Lagers und die Einsetzung eines eigenen Landesprogramms zur Aufnahme von Geflüchteten forderten. Die Regierungsfraktionen aus CDU und FDP haben unseren Antrag zur Soforthilfe für Moria mit Verweis auf den Bund abgelehnt.

Die Bundesregierung hat sich zwar auf Drängen der SPD für die Aufnahme von 1.553 geflüchteten Menschen – zusätzlich zu den bereits zugesagten 150 Kindern und Jugendlichen - bereit erklärt. Das entlässt die Landesregierung aber nicht aus der Pflicht, selbst zu handeln. Angesichts des Ausmaßes der humanitären Katastrophe in Moria reicht es nicht, sich hinter den Maßnahmen des Bundes zu verstecken und sich der eigenen Verantwortung zu entziehen.
Die zahlreichen Städte und Gemeinden aus NRW, die im Rahmen der Initiative „Sichere Häfen" ihre Hilfsbereitschaft bei der Aufnahme Geflüchteter geäußert haben, müssen in den anstehenden Aufnahmeprozess eingebunden werden. Die angestrebte europäische Lösung ist zwar wünschenswert, zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht absehbar.
Deshalb dürfen wir nicht tatenlos zuschauen bis sich auf eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik geeinigt wurde. NRW muss Initiative zeigen und als Vorreiter vorangehen, denn die geflüchteten Menschen auf Lesbos haben keine Zeit, noch länger zu warten!

Eilantrag „Soforthilfe für Moria – Laschet muss seiner Reise Taten folgen lassen": bit.ly/2EyA1y7

Städte und Gemeinden tragen die Lasten der Corona-Krise

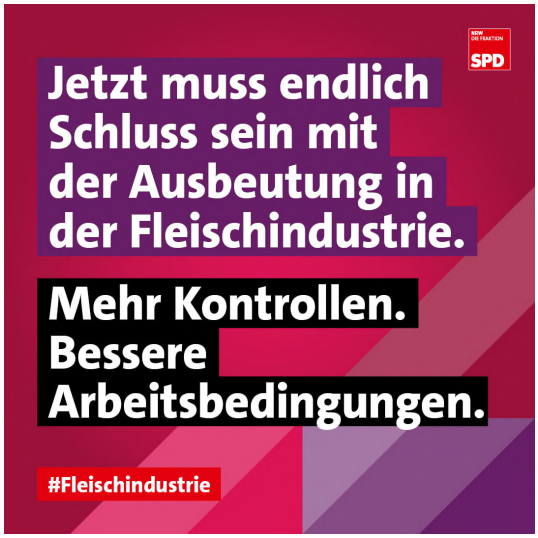
Die SPD-Fraktion fordert, dass die Landesregierung die Städte und Gemeinden unter den Corona-Rettungsschirm des Landes nehmen soll. CDU und FDP lehnen dies jedoch genauso ab, wie die Einführung eines Altschuldenfonds auf Bundesebene. Dies ist für mich nicht nachvollziehbar, denn unsere Städte und Gemeinden sind in dieser Corona-Pandemie erneut die tragenden Säulen der Krisenbekämpfung. Ohne sie wäre eine Bekämpfung des Virus schlicht nicht möglich. Trotzdem drohen sie als Verlierer aus dieser Krise hervorzugehen. Steigende Kosten bei gleichzeitig einbrechenden Einnahmen sind eine Rechnung, die nicht aufgehen kann. Aber die schwarz-gelbe Landesregierung bietet ihnen dafür keine Lösung.

Konkret geht es uns darum: Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die Gewerbesteuereinbrüche der Kommunen nicht nur für 2020, sondern auch für 2021 auszugleichen. Das gilt auch für die konjunkturellen Einbrüche von ca. 1 Mrd. Euro, die den Kommunen 2021 weniger über das Gemeindefinanzierungsgesetz zugewiesen werden.
Unsere Kommunen brauchen jetzt echte Finanzhilfen und nicht nur haushaltsrechtliche Buchungstricks, auf die sich die Landesregierung leider beschränkt. Auch müssen die Städte und Gemeinden ihre zusätzlichen Corona-Kosten durch den NRW-Rettungsschirm erstattet bekommen. Bislang aber Fehlanzeige.
Ohne ein baldiges Handeln der Landesregierung werden unsere Städte und Gemeinden nur noch die Option haben, neue zusätzliche Schulden aufzunehmen. Und die kommen dann auf den ohnehin schon riesigen Schuldenberg von 21,6 Milliarden Euro an Kassenkrediten – den sogenannten Altschulden – oben drauf. Über 100 der 396 Städte und Gemeinden in NRW haben Kassenkredite in Höhe von 1.000 Euro oder mehr je Einwohner. Dazu gehört auch Dortmund. Unsere Stadt hat aktuell einen Schuldenstand von 1,15 Mrd. Euro bzw. 1.961 Euro je Einwohner*in.

Es gibt also dringenden Handlungsbedarf. Ohne Finanzhilfen des Landes wird der Schuldenberg der Kommunen flächendeckend dramatisch ansteigen.

Antrag „Stadt und Land: Hand in Hand – Kommunen nicht gegen die Wand fahren“: bit.ly/2HrhmFj

Schlachthofbetreiber in die Verantwortung nehmen



Zur Zeit arbeiten wir im Landtag die skandalösen Arbeits- und Hygienebedingungen in der Fleischindustrie auf, die uns in den letzten Monaten immer wieder im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales beschäftigt haben. Bereits im Mai hatte unsere Fraktion einen Antrag eingebracht, der einfordert, die Nachunternehmerhaftung in dieser Branche zu verschärfen, Schwarzarbeit zu bekämpfen und die Aufsicht über Arbeitsschutz und Wohnbedingungen zu verbessern. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat parallel ein Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie auf den Weg gebracht. Die Sachverständigenanhörung im Landtag in dieser Woche hat einmal mehr deutlich gemacht, dass das Verbot von Werkverträgen nur ein erster Schritt gewesen sein kann, um der Ausbeutung von Beschäftigten einen Riegel vorzuschieben und die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie grundsätzlich zu verbessern.

Die Strukturen gehören insgesamt auf den Prüfstand. Das haben auch die bundesweiten Razzien gegen illegale Leiharbeit deutlich gezeigt. Diese Machenschaften müssen ein Ende haben. Deshalb ist es gut, dass der Bund entschlossen dagegen vorgeht. Wir sind da klar an der Seite der Beschäftigten.

Als nächsten Schritt brauchen wir endlich verbindliche Flächentarifverträge, die für allgemeinverbindlich erklärt werden. Es kann nicht sein, dass – wie uns Betriebsräte und Gewerkschaften immer wieder berichten – die Arbeitgeber jede gesetzliche Regelung verhindern wollen. Von diesem Widerstand dürfen wir uns nicht beeindrucken lassen.

Mein Blog „Tönnies und Hoeneß: Mitleid? Mit wem eigentlich?“: bit.ly/3cu6mTf
Antrag „Schlachthöfe in NRW werden zu Corona-Brennpunkten – Schluss jetzt mit der Ausbeutung der Beschäftigten in der Fleischindustrie!“: bit.ly/3mLg6Nw
Mitschnitt der AWO-Veranstaltung „Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und EU-Freizügigkeit“: bit.ly/2EDtvGo

Finanzierung der Schulsozialarbeit endlich gesichert

Na endlich! Nach langem Ringen hat die Landesregierung im Plenum Ende August auf Druck der SPD den Weg für eine dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit freigemacht. Lange genug hat es gedauert! Die SPD-Landtagsfraktion hat die Regierung mehrfach zum Handeln aufgefordert und insgesamt fünf Anträge zu dem Thema gestellt bis Ministerin Gebauer ein Einsehen hatte. Das Bangen um ihre Zukunft hat für die rund 1.000 Schulsozialarbeiter*innen damit endlich ein Ende. Denn zum Jahreswechsel läuft die Kostenübernahme des Landes für die Stellen, die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets geschaffen worden waren, aus.
Es ist wichtig, dass die Landesförderung nun unbefristet weitergeführt und damit den Fachkräften Sicherheit gegeben wird. Nun arbeiten wir darauf hin, die Schulsozialarbeit insgesamt neu zu strukturieren und zu stärken.

Frauenhäuser in der Corona-Krise unterstützen

Frauenhäuser sind systemrelevant. Das steht für mich außer Frage und das sagt sogar die Landesregierung. Daher ist es unverständlich, dass Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach die Frauenhäuser in der Krise im Stich lässt. Erst nach unserem Protest hat die Landesregierung die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen mit unter den NRW-Schutzschirm genommen. Kurz danach mussten wir aber feststellen, dass diese Hilfe nur suboptimal war, um es freundlich zu sagen. Die Träger können mit zusätzlichen Sachmitteln zwar Desinfektionsmittel, die technische Ausrüstung für die Fernberatung und bauliche Schutzmaßnahmen, die durch Corona erforderlich wurden, bezahlen. Das viel dringendere Problem wurde aber gar nicht angepackt: die coronabedingten Einnahmeausfälle. Veranstaltungen, bei denen Spenden eingenommen werden, können nach wie vor nicht stattfinden. Und so haben einige Träger das Problem, dass sie ihren Eigenanteil, mit denen sie das Personal bezahlen, nicht zusammen bekommen. Da erwarten wir von der Landesregierung mehr Unterstützung, damit keine hilfesuchende Frau vor verschlossenen Türen stehen muss.

Blog „Frauenhilfe in der Krise - Finanzierung jetzt sicherstellen“: bit.ly/2RZFfWI
Video „Wir brauchen finanzielle Sicherheit für die Frauenhäuser in NRW: bit.ly/2FQoSJJ

Stahl hat Zukunft

NRW ist ein Land des Stahls und ich mag mir unser Bundesland nicht vorstellen, wenn dieser wichtige Industriezweig komplett wegfällt. Zehntausende Arbeitsplätze mit hervorragenden Arbeits- und Tarifbedingungen und einem hohen Organisationsgrad sind für unser Land genauso wichtig wie die Wertschöpfungsketten, die in weite Teile unserer Wirtschaft reinreichen.
Bei der Debatte um die Zukunft der Stahlindustrie geht es nicht um die Rettung einer aussterbenden Branche aus dem 19. Jahrhundert, was uns vor allem grüne Weltverbesserer weis machen wollen, sondern um die Wettbewerbsfähigkeit auf einem wachsenden Markt für Zukunftstechnologien. Die Stahlindustrie steht vor großen Herausforderungen. Auf dem Weltmarkt konkurriert sie gegen chinesischen Billigstahl und steht vor der Herausforderung, bis 2050 die Klimaneutralität einzuhalten.
Klimaneutrale Stahlproduktion ist aber machbar. Die Wasserstofftechnologie macht dies möglich. Und wir wollen die deutsche Stahlindustrie zum Weltmarktführer für klimaneutralen Stahl machen. Dafür sind aber enorme Investitionen notwendig. Investitionen, die unsere Stahlindustrie alleine nicht stemmen kann. Wenn wir uns die wirtschaftliche Lage der deutschen Stahlunternehmen anschauen, ist relativ schnell zu erkennen, dass keines der am deutschen Markt produzierenden Unternehmen diese Investitionen, die man tätigen muss, um Weltmarktführer sein zu können, wird aufbringen können.
Daher befürworten wir eine Fusion von thyssenkrupp und der Salzgitter AG zu einem deutschen Stahlchampion, einem Global Player. An diesem neuen Stahlchampion müssen sich Bund und Land als Anteilseigner beteiligen, denn nur die Staatsbeteiligung gibt die notwendigen finanziellen Sicherheiten für diese immensen Zukunftsinvestitionen.
Stahl wird auch zukünftig gebraucht. Wir müssen uns fragen, unter welchen Arbeits- und Umweltbedingungen dieser produziert werden soll. Für mich ist das eine leichte Entscheidung.

CDU und FDP halten an Straßenausbaubeiträgen fest

CDU und FDP haben erneut einen Antrag der SPD abgelehnt, der die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW fordert. Leider haben CDU und FDP immer noch kein Einsehen gehabt. Sie halten stur an den ungerechten und bürokratischen Straßenausbaubeiträgen fest. Damit haben sie sich für Beitragsbescheide in nicht selten fünfstelliger Höhe ausgesprochen, die insbesondere ältere Menschen und junge Familien schnell in Existenznöte bringen. NRW bleibt somit das einzige Flächenland in Deutschland, das seine Kommunen dazu zwingt, diese Beiträge von Anliegern zu verlangen.

Care-Arbeit sichtbar machen

Der allergrößte Teil unbezahlter Fürsorgearbeit, auch Care-Arbeit genannt, übernehmen in unserer Gesellschaft Frauen. Dazu zählen die Erziehung und Betreuung von Kindern, die Pflege pflegebedürftiger Menschen, die soziale Betreuung älterer Menschen und viele andere wichtige Aufgaben, ohne die unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde. Leider beeinflussen traditionelle

Rollenbilder von Frauen und Männern immer noch, wer in der Familie in der Regel uneingeschränkt dem Lebenserwerb nachgeht und wer im Zweifel Arbeitszeit reduziert, um zu Hause zu bleiben, damit Kinder oder zu pflegende Angehörige gut versorgt sind. Das hat am Ende klare Auswirkungen auf spätere Karrierewege und die Altersabsicherung und verstärkt die Abhängigkeit vom Ehepartner. Spätestens wenn eine Ehe scheitert, bekommen die Betroffenen dies zu spüren. Corona hat uns sehr anschaulich verdeutlicht, dass wir bei der Gleichstellung von Frauen und Männern diese Ungerechtigkeit noch nicht überwunden haben.
Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat zum Thema Care-Arbeit Sachverständige angehört. Wir wollten wissen, wie wir diese sichtbar machen und besser unterstützen können. Familien brauchen vor allem mehr Zeit und Zeitsouveränität, um Arbeit und Familie zu vereinbaren. Wichtig wäre es, Familien bei der Care-Arbeit zu entlasten, indem die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen für diese Zielgruppe öffentlich gefördert werden. Auch das Recht auf Homeoffice kann einen Beitrag leisten. Allein der Wegfall des täglichen Pendelns haben viele während des Corona-Lockdowns als positiv empfunden. Klar ist aber auch, dass es für Homeoffice klare Regeln geben muss, um eine Selbstausbeutung zu verhindern. Außerdem muss ein Einsatz von Homeoffice sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite sehr sorgfältig vorbereitet werden.
Beim Thema Vereinbarkeit spielen aber auch finanzielle Aspekte eine wichtige Rolle. Ist die Höhe der Einkommen in einer Familie unterschiedlich verteilt, dann bleiben in der Regel oft diejenigen Ehepartner*innen mit dem niedrigeren Gehalt zu Hause. Meistens sind das die Frauen. Daher müssen Lohnersatzleistungen wie das Pflegegeld oder die Elternzeit auf den Prüfstand. Wollen wir die Gründung einer Familie oder die Pflege von Angehörigen wirklich wertschätzen, dann müssen Einkommenseinbußen verhindert werden.
Corona hat uns auch gezeigt, dass das Ehrenamt an seine Grenze kommen kann. Viel soziale, ehrenamtliche Arbeit fiel vom einen auf den anderen Tag weg, egal, ob bei der Tafel oder in der Seniorenbegegnungsstätte. Es zeigt auf, dass ein funktionierender Sozialstaat eine auskömmlich finanzierte hauptamtliche Basis braucht. Soziale Dienstleistungen dürfen nicht auf das Ehrenamt abgeschoben werden. Das Ehrenamt ist allenfalls dazu da, diese Arbeit zu unterstützen. Wenn jedoch Angebote ohne ehrenamtliche Helfer*innen zusammenbrechen, dann ist eine Situation erreicht, die wir als Gesellschaft nicht akzeptieren können.
Klar, diese Maßnahmen kosten viel Geld. Aber sie sorgen auch dafür, dass der Wirtschaft Humankapital nicht verloren geht bzw. dieses besser ausgeschöpft werden kann. Am Ende profitieren neben den Betroffenen selbst auch unsere Gesellschaft und insbesondere die Wirtschaft.

Stellungnahmen der Sachverständigen zum Thema Care-Arbeit: bit.ly/33Y8M8O

Beratungsstelle Arbeit: Mehr Aufgaben, aber nicht mehr Geld

Lange war die Zukunft der Arbeitslosenzentren in NRW ungewiss. Ende des Jahres läuft die Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds aus und die Landesregierung hatte angekündigt, die gesamte Beratungsstruktur neu zu ordnen. Das hat sie nun gemacht. Wir haben Druck gemacht, dass die Arbeitslosenzentren erhalten bleiben. Das ist uns gelungen. Dennoch wird es Verschlechterungen geben. Das neue Konzept der Landesregierung sieht vor, dass Arbeitslosenzentren, Erwerbslosenberatungsstellen und die Beratungsstellen für faire Mobilität zukünftig in einer „Beratungsstelle Arbeit“ zusammengeführt werden. Insbesondere das Thema Arbeitsausbeutung und prekäre Beschäftigung sollen die neuen Beratungsstellen in den Fokus rücken. Eine völlig neue Aufgabe und Zielgruppe, die damit erschlossen werden soll – liegt doch der bisherige

Schwerpunkt bei der Beratung von arbeitslosen Menschen und der Förderung ihrer Teilhabe am sozialen Leben. Positiv ist, dass die neuen Beratungsstellen Arbeit flächendeckend in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Kreis entstehen sollen. Damit kommt aber der eigentliche Knackpunkt: denn mehr Geld werden Land und EU in der Summe nicht zur Verfügung stellen. Für Dortmund heißt das, dass die zukünftige Beratungsstelle mit einer Vollzeitstelle weniger auskommen muss, als es jetzt bei Arbeitslosenzentrum Dortmund und Erwerbslosenzentrum Wendepunkt der Fall ist.

Landesregierung enttäuscht beim Kampf gegen Kinderarmut

Kinderarmut ist und bleibt ein großes Problem in Deutschland. Das hat die im Juli veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung nur noch einmal bestätigt. Laut dieser Studie leben 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 in Deutschland in Armut – das heißt jedes fünfte Kind. NRW gehört dabei zu den am stärksten betroffenen Bundesländern. Die Corona-Krise hat die Situation für arme Kinder und Familien noch verschärft. Die Lage ist ernst! Dennoch tut die Landesregierung nichts, um dem entgegenzuwirken. Stattdessen wurde der Antrag der SPD-Fraktion zur Einführung einer Kindergrundsicherung in NRW von den Regierungsfraktionen aus CDU und FDP abgelehnt. Damit wurde die Chance vertan, in NRW mit gutem Beispiel für die Bundesrepublik voranzugehen und für bessere Lebensbedingungen der Kinder zu sorgen. Kinder haben ein Recht auf Chancengleichheit und einen angemessenen Lebensstandard. Die Kindergrundsicherung kann einen wichtigen Beitrag in der Bekämpfung von Kinderarmut leisten und für mehr Gerechtigkeit unter Kindern sorgen. Damit endlich alle Kinder die gleichen Chancen haben – in Bildung, Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir appellieren hier weiter an die Landesregierung! Denn es ist an der Zeit, die diversen unübersichtlichen Maßnahmen zur Familienförderung wie Kindergeld, Kinderfreibeträge und Kinderzuschlag endlich in einer Kindergrundsicherung zusammenzuführen.

Mein Blog zu dem Thema: bit.ly/3j4akV4
Antrag „Kinderarmut bekämpfen – NRW setzt sich für Kindergrundsicherung ein“: bit.ly/3cxNIKb
Studie „Kinderarmut in Deutschland“ der Bertelsmann-Stiftung: bit.ly/3kLq8MU

Masterplan „Lebendige Innenstadt“

Nicht erst seit der Corona-Pandemie, die zur Schließung von zahlreichen Ladenlokalen geführt hatte, ist klar: Die Einzelhändler*innen und Gastronom*innen in den Stadtzentren stehen unter Druck. Das hat die Schließung mehrerer Kaufhäuser von Galeria Karstadt Kaufhof noch einmal verdeutlicht.

Der Online-Handel und die Veränderung im Konsumenten- und Kaufverhalten erfordern Anpassungen im stationären Handel, um nicht an Attraktivität zu verlieren. Das Konzept von Innenstädten muss innovativ überdacht und den veränderten Anforderungen entsprechend neu gestaltet werden. Gerade jetzt müssen die Kommunen dafür entlastet werden. Daher hat die SPD-Fraktion im Landtag einen Antrag zur Belebung und Stärkung der Innenstädte eingebracht.

In unserem Masterplan „Lebendige Innenstadt“ fordern wir, Kommunen mit 1 Mrd. Euro aus dem Rettungsschirm des Landes zu unterstützen. Die Förderung soll in enger Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden umgesetzt werden und den Schwerpunkt auf nachhaltige Maßnahmen setzen. Die Regierungsfraktionen von CDU und FDP haben sich gegen unseren Vorschlag gesträubt. Ich werde mich aber weiter für die Stärkung und Belebung der Innenstädte einsetzen, damit auch die Dortmunder Innenstadt die besten Fördermaßnahmen erhält.

Antrag „Lebendige Städte – Innenstädte stärken“: bit.ly/363zMGB

Obdachlosigkeit: Den sozialen Frieden wahren

Im Juli hat das Land die Wohnungsnotfall-Berichterstattung 2019 veröffentlicht. Zwar ist im letzten Jahr die Zahl der Wohnungslosen bei weitem nicht so extrem angestiegen wie in den drei Jahren davor, dennoch gibt es einen starken Anstieg um 4,9 Prozent auf 46.610 Personen. Das sind jedoch nur die Fälle, die den Kommunen und Freien Trägern der Wohnungslosenhilfe bekannt geworden sind. Die Dunkelziffer aus Personen, die bei Freunden und Verwandten untergekommen sind, Personen, die sich sonst irgendwie über ständig wechselnde Schlafmöglichkeiten durchschlagen und obdachlosen Menschen dürfte weitaus höher liegen. Deutschlandweit dürfte man mit ihnen auf jeden Fall eine Großstadt füllen können.

Auch in Dortmund wird gerade das Phänomen der Obdachlosigkeit immer sichtbarer, wenn man durch die City spaziert. Die Corona-Zeit war gerade für diese Menschen hart, da viele ehrenamtliche Hilfsangebote wegfielen oder nur einen eingeschränkten Betrieb hatten. Orte, an denen sich Obdachlose aufhalten können, ohne dass sie von dort vertrieben werden, gibt es auf jeden Fall nur wenige. Und so steigen die Zahlen der Ordnungsstrafen und Bußgelder, die die Betroffenen vor neue Herausforderungen stellen.

Ich denke, dass wir hier als Politik einen neuen Weg finden müssen, um den sozialen Frieden in unserer Stadt zu bewahren. Denn die Akzeptanz

dieses sichtbaren Elends schwindet bei vielen Menschen von Tag zu Tag. Meine Gedanken habe ich anlässlich des Tags der Wohnungslosen in einem Blog festgehalten.

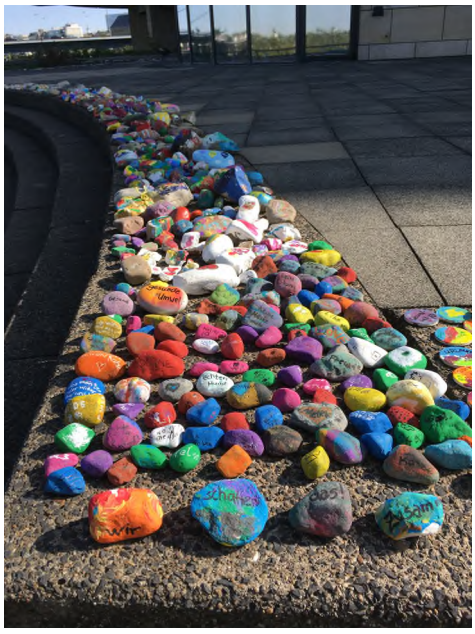
Mein Blog „Wohnungslosigkeit in Dortmund – Jeder soll ein Zuhause finden“: bit.ly/363zMGB

Seine Sommertour führte Thomas Kutschaty nach Hörde

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag NRW, Thomas Kutschaty, besuchte im August auf seiner Sommertour auch Dortmund-Hörde. Im Mittelpunkt seiner Reise durch NRW stand die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Die SPD-Fraktion im Landtag setzt auf einen sozialen Neustart mit einer robusten öffentlichen Daseinsvorsorge und sichere Arbeit mit guten Bedingungen und einer fairen Entlohnung.
Thomas Kutschaty besuchte zusammen Thomas Westphal, dem örtlichen Ratsvertreter Bernhard Klösel und mir zunächst die AWO KiTa Nortkirchenstraße, um sich dort vor Ort über die Auswirkungen von Corona auf den KiTa-Betrieb zu erkundigen. Im Anschluss ging es gemeinsam zum Zukunfts- und Technologiestandort Phoenix West. Auf dem Skywalk konnte sich Kutschaty von dem Gelände und dem bisher gut bewältigten Strukturwandel in Dortmund einen eigenen Eindruck verschaffen. Anschließend trafen sich die Politiker*innen unter dem Hochofen mit Gewerbetreibenden und Unternehmer*innenn aus Hörde. Auch hier waren Corona und die Auswirkungen der Pandemie auf die Unternehmen das vorherrschende Thema.

Wunsch-Steine aus Dortmund zum Weltkindertag

Der Weltkindertag am 20. September konnte durch Corona bedingt zwar nicht wie gewohnt von großen Festen, Demonstrationen und anderen Veranstaltungen begleitet werden. Aber gefeiert wurde natürlich trotzdem! Der Landtag NRW hatte sich im Vorfeld etwas ganz Besonderes für die Kinder an diesem Tag ausgedacht: Alle Kinder im Bundesland waren dazu aufgerufen, Steine mit ihren Wünschen und Ideen für die Zukunft zu bemalen und am 20. September zum Landtag zu bringen. So entstand mit über 5.000 bunten Steinen die wohl längste Steinkette in NRW – ein wahres Kunstwerk!



Ich freue mich, dass sich auch so viele Kinder aus Dortmund an der „Aktion Wunsch-Stein – Eure Ideen für die Zukunft“ beteiligt haben. Zusammen mit Landtagspräsident André Kuper habe ich die Wunsch-Steine in die Steinkette vor dem Parlamentsgebäude gelegt.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Kitas und Schulen, die an der Aktion teilgenommen haben:

- AWO Familienzentrum Holzen
- Kita im Grünen des Studierendenwerks Dortmund
- Städt. Familienzentrum Eichhoffstraße
- Städt. Tageseinrichtung für Kinder Volksgartenstraße
- Ev. Familienzentrum Eliaskinder Immanuel
- Friedens-Grundschule Dortmund
- Mira-Lobe-Schule

Eure kleinen Kunstwerke mit tollen Wünsche und Ideen für die Zukunft liegen jetzt alle in der längsten Steinkette Nordrhein-Westfalens.

Beitrag mit weiteren Fotos auf der Internetseite des Landtags: bit.ly/2Hn0ijN

Ein Praktikum im Landtag

Seit Ende August haben wir tatkräftige Verstärkung in unserem Landtagsbüro: Larissa Lehr. Larissa macht bei mir ein Praktikum für ihr Studium. Sie studiert an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf Politikwissenschaft und bringt sich bei mir im Büro sehr engagiert ein. Gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und den Sozialen Medien unterstützt sie mein Team und mich sehr stark und steuert kreative Ideen bei.

Auch wenn die Durchführung von Praktika immer etwas Zeit und Ressourcen in Anspruch nimmt, da Abläufe und Zusammenhänge erklärt werden müssen, bin ich gerne bereit Praktikant*innen in meinem Büro willkommen zu heißen. Nach ein paar Tagen Einarbeitung können die meisten schon selbständig Aufgaben übernehmen und arbeiten verantwortungsvoll mit. Zudem ist es wichtig, dass junge Leute in bestimmte Berufsfelder hineinschauen können, um die ersten praktischen Erfahrungen für das Berufsleben zu sammeln.

Im Kommunalwahlkampf aktiv: Ehrensache

In den letzten Wochen habe ich (fast) jede freie Minute, die ich nicht im Landtag vor Ort sein musste, genutzt, um mit unseren Kandidat*innen für die Kommunalwahl und natürlich unseren Oberbürgermeisterkandidaten Thomas Westphal Wahlkampf zu machen. Im Rahmen des Formats „Butschkau vor Ort“ habe ich mehrere unserer Kandidat*innen vor Ort in meinem Wahlkreis in Interviews zu Wort kommen lassen. Denn nur gemeinsam und mit voller Tatkraft werden wir auch zukünftig erreichen, dass Dortmund eine sozialdemokratisch regierte und vertretene Stadt bleibt. Da ist es für mich Ehrensache, dass ich helfe, wo ich kann. Denn wir als Team Dortmund halten zusammen!

Wahlaufruf von Annegret Krauskopf, MdL a. D. und mir zur Wahl von Thomas Westphal:
fb.com/butschkau2017/videos/1045975129194692
Videos „Butschkau vor Ort“: fb.com/butschkau2017/videos

Impressionen der letzten Wochen:

NRW
DIE FRAKTION
SPD

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

Nach dem Corona-Lockdown war es auch endlich wieder möglich, Termin außerhalb des virtuellen Raums wahrzunehmen – natürlich unter Einhaltung der gängigen Hygieneregeln.

Gedenken zum Antikriegstag an der Steinwache

Mit der Dortmunder Mitternachtsmission zur Situation der Sexarbeiterinnen zu Besuch in der Linienstraße.

Mit dem AWO-Jugendwerk auf der #BlackLivesMatter-Demo

Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki

Mahnwache zum Erhalt von Karstadt und Kaufhof

Unterschriftensammlung mit der AsF zum Erhalt von Karstadt und Kaufhof

Demo der Sexarbeiter*innen vor dem Landtag.